



Bündnis Bayern für gentechnikfreie Natur und Landwirtschaft



Resolution

München, 05.06.2012

Die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner sowie die CSU Landesleitung werden aufgefordert, sich klar gegen den Einsatz der Agrogentechnik zu positionieren.

Das Bündnis Bayern für gentechnikfreie Natur und Landwirtschaft fordert die CSU Landesleitung und Ministerin Ilse Aigner auf, sich gegen aktuelle Pläne in Brüssel zur Wehr zu setzen, wonach die Nulltoleranz für Gentechnik in Lebensmitteln aufgegeben werden soll und neue Anbauzulassungen für gentechnisch veränderte Pflanzen erteilt werden sollen

- 1. Plänen der EU-Kommission, die Nulltoleranz für in der EU nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen (GVO) bei Lebensmitteln aufzuheben, wird widersprochen.**

Die bis zu 0,1 Prozent geplante Legalisierung von Lebensmittel-Verunreinigungen durch GVO, die keine abschließende Sicherheitsprüfung durchlaufen haben, verletzt die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und verstößt gegen das im EU-Recht verankerte Vorsorgeprinzip. Verunreinigungen könnten dann in allen Lebensmitteln auftreten, die Bestandteile von Nahrungspflanzen enthalten, die als GVO in Ländern außerhalb der EU angebaut werden. Neben Mais oder Soja wären auch andere Pflanzen und daraus gewonnene Produkte betroffen.

Für GVO, die keine EU-Zulassung haben, gilt bisher die Nulltoleranz, d.h. nur GVO, die abschließend sicherheitsbewertet sind und grünes Licht sowohl von den Mitgliedstaaten als auch von der EU-Kommission erhalten haben, dürfen auf den EU-Markt kommen. Über dieses fundamentale Prinzip der EU-Gentechnikgesetzgebung hat sich die Kommission 2010 hinweg gesetzt, als sie dem Druck der Futtermittelindustrie und der GVO-Hauptanbauländer nachgab und für in der EU nicht zugelassene GVO in Futtermitteln einen Grenzwert von 0,1 Prozent festlegte. Statt darauf zu bestehen, dass die Handelspartner EU-Gesetze einhalten und international agierende Unternehmen ihre Logistiksysteme so gestalten, dass keine Verunreinigungen durch nicht zugelassene GVO entstehen, unterließ die EU-Kommission das Vorsorgeprinzip.

Die Aushebelung der Nulltoleranz bei Lebensmitteln würde lediglich die Gentechnikindustrie entlasten, die gentechnikfreie Lebensmittelproduktion jedoch belasten. Da mit einer Zunahme von in der EU nicht zugelassenen GVO zu rechnen wäre, entstünden zusätzliche Kontroll- und Analysekosten, die die gentechnikfreien Produkte verteuern würden. Hinzu kämen die nach wie vor unkalkulierbaren Risiken durch Bestandteile gentechnisch veränderter Pflanzen in der Nahrung.

2. Deutschland und die zuständige Ministerin Ilse Aigner müssen Nein sagen zu geplanten neuen GVO-Anbauzulassungen

Die EU-Kommission plant, den Anbau der in Deutschland von Ministerin Aigner 2009 verbotenen insektenresistenten Maislinie MON810 wieder zuzulassen. Zudem soll eine Reihe weiterer Gentechnisch veränderter Pflanzen erstmals zum Anbau in der EU zugelassen werden:

- die gegen Glyphosat resistenten Sojalinie Mon40-3-,
- die Zuckerrübe H7-1,
- die Maislinien NK603 und GA21 sowie
- die mehrfach-resistenten Mais-Linien Bt11, 1507 und MON88017.

Die letzten drei Gentech-Mais-Linien tragen ein Toxingen aus dem Bakterium *Bacillus thuringiensis* (und sind damit insektenresistent) sowie zusätzlich ein Resistenzgen gegen Totalherbizide: Bt11 und 1507 sind resistent gegen Glufosinat und MON88017 ist resistent gegen Glyphosat, den Wirkstoff von Roundup.

Dass der Anbau derartiger gentechnisch veränderter Pflanzen die Probleme der Landwirtschaft nicht löst, sondern im Gegenteil verschärft, zeigt sich in Ländern wie USA, Brasilien und Argentinien:

- der Herbizideinsatz steigt dramatisch an,
- die Fruchtbarkeit der Böden wird gefährdet
- herbizidresistente Unkräuter nehmen überhand und
- resistente Schädlinge breiten sich aus
- die Artenvielfalt stark reduziert.

Profiteure sind in erster Linie die internationalen Unternehmen, die diese GVO entwickeln und die über eigene Saatgutsparten den Markt beherrschen und über Patente die Landwirte binden. Verlierer sind die bäuerlichen Betriebe und die Umwelt. Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, unabhängige Wissenschaftler, nationale Sicherheitsbehörden und Regierungen äußern begründete Zweifel an der Sicherheit von Gentech-Pflanzen. Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen Gentechnik im Essen und auf dem Acker nach wie vor ab. Weder die EU-Kommission noch die Mitgliedstaaten dürfen neue Anbauzulassungen für gentechnisch veränderte Pflanzen erteilen, solange ihre negativen Auswirkungen auf die Umwelt, die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie ihre sozio-ökonomischen Effekte auf die Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion nicht umfassend bewertet worden sind. Zudem muss die EU-Kommission das Zulassungsverfahren für GVO mit den Vorgaben der EU-Gentechnik-Gesetzgebung und den Beschlüssen des EU-Umweltrates von 2008 dringend in Einklang bringen.

Die CSU muss hier klar Stellung beziehen und sich für die Anwendung und Verbesserung der bestehenden EU-Gesetzgebung einsetzen. Wir fordern Sie nachdrücklich auf, jedwede Vorschläge für eine Aufweichung der Nulltoleranz bei Lebensmitteln sowie für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in der EU unter den derzeitigen Bedingungen strikt abzulehnen.
Mitglieder im Bündnis Bayern für gentechnikfreie Natur und Landwirtschaft

- **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Bayern**
- **Arbeitsgemeinschaft evangelischer Haushaltsführungskräfte im Deutschen Evangelischen Hausfrauenbund**
- **Arbeitsgemeinschaft noch produzierender Landwirte in Ostbayern**
- **Arbeitsgruppe Ökolandbau im Bayerischen Bauernverband**
- **Biokreis**
- **Bioland, Fachgruppe Imker**
- **Bioland, Landesverband Bayern**
- **Bioring Allgäu**
- **Bund Naturschutz**
- **Demeter**
- **Der Krisenstab / Bund Deutscher Milchviehhalter e.V.**
- **Deutscher Berufs- und Erwerbs-Imker-Bund**
- **Deutscher Tierschutzbund – Landesverband Bayern**
- **EPBA, European Professional Beekeepers Organisation**
- **Förderkreis für Umweltgesundheit**
- **Freisinger Land**
- **Friends of the Earth**
- **Initiative Nahrungskette**
- **Interessengemeinschaft Milchviehhalter Oberbayern**
- **Interessengemeinschaft Mischfruchtanbau**
- **Herrmannsdorfer Landwerkstätten**
- **Katholische Landjugendbewegung München-Freising**
- **Katholische Landvolkbewegung (KLB) Bayern**
- **Kein Patent auf Leben**
- **Landesbund für Vogelschutz**
- **Landesverband Bayerischer Imker / Bezirksverband Imker Oberbayern**
- **Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e. V.**
- **Naturland**
- **Naturkost Südbayern**
- **Ökologischer Ärztebund**
- **Region aktiv (Chiemgau)**
- **Slow Food**
- **Tagwerk-Förderverein**
- **Umweltinstitut München e.V.**
- **Unser Inn-Land**
- **Weilheim-Schongauer-Land Solidargemeinschaft**

Einzelpersonen:

- **Rechtsanwalt Dr. Bihler**
- **Beauftragter für Umweltfragen der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, Dr. Wolfgang Schürger**
- **Bischöflicher Beauftragter für Fragen der Kirche und Umwelt, Mattias Kiefer, Erzbischöfliches Ordinariat München**